

Die Bekämpfung von Armut und Sozialer Ausgrenzung in Österreich vor dem Hintergrund der Europäischen Strategie zur Sozialen Eingliederung

Eine Zwischenbilanz

Marcel Fink

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag verortet Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich vor dem Hintergrund der Europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung und zieht eine Zwischenbilanz über einschlägige Entwicklungen während der letzten 10 Jahre.

In einem ersten Schritt werden kurz wichtige Befunde aus der internationalen Literatur zu den (wahrscheinlichen) Auswirkungen der Offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und Soziale Eingliederung (in der Folge kurz OMK) auf einschlägige nationalstaatliche politische Steuerungsprozesse skizziert. In einem zweiten Schritt wird danach gefragt, ob und inwiefern sich zentrale tradierte Kennzeichen von Politik zur Bekämpfung von Armut in Österreich in den letzten 10 Jahren geändert haben und in welchem Verhältnis diese Entwicklungen zu den Zielausrichtungen der Europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung stehen. Der Beitrag schließt mit einem Fazit über wesentliche Kennzeichen und Zusammenhänge der gegenständlichen Entwicklungen.

Die hier vorgestellte Analyse kann nur eine erste Annäherung an das gegenständliche Thema liefern. Dies erstens wegen der gebotenen Kürze und zweitens auch aus dem Grund, dass das Zusammenspiel zwischen nationalstaatlichen Politiken der Armutsminderung und der Europäischen Strategie für soziale Eingliederung für den Fall Österreichs – anders als für andere Mitgliedsländer der EU (vgl. dazu z. B. diverse Beiträge in Heidenreich/Zeitlin 2009 sowie in Kröger 2009) – bisher nicht umfassend und systematisch untersucht wurde (vgl. jedoch für punktuelle Analysen z. B. Kargl 2009; Lamprecht 2010; Litschel 2009; Pollach 2005; Rosenberger 2009; Weishaupt 2009 sowie Lang/Steiner in diesem Band).

2. Potentielle Auswirkungen der OMK auf nationalstaatliche politische Steuerungsprozesse

Hemerijck (2006, 3ff) spricht mit Blick auf die Lissabon-Agenda von einem »spirit of double engagement«. Dieser hat eine inhaltliche und eine institutionelle Komponente. Inhaltlich sollten demnach wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Zielsetzungen mit solchen der sozialen Integration kombiniert werden. Institutionell wurde zugleich die OMK für den Bereich soziale Inklusion explizit auf Gemeinschaftsebene

verankert (anders als die koordinierte Europäische Beschäftigungsstrategie hat die OMK jedoch keinen Vertragsstatus).

Frühe Interpretationen der OMK gingen davon aus, dass der Themenbereich der sozialen Inklusion mit der Strategie von Lissabon auf Gemeinschaftsebene tatsächlich substantiell aufgewertet worden ist und dass das gegenständliche Verfahren erwarten lässt, dass mittelfristig zwischen den Mitgliedsstaaten tatsächlich so etwas wie wechselseitiges Lernen – im Sinn der Eruiierung und nationalstaatlichen Umsetzung effizienter und effektiver Problemlösungsmechanismen – stattfinden werde (vgl. für eine Diskussion Kröger 2008, 43ff; 2010, 135ff). Entlang der Konzeptionalisierung von politischen Prozessen (bzw. »politischen streams«) nach John W. Kingdon (1995) könnte man davon sprechen, dass erwartet wurde, dass Fragen der sozialen Inklusion auf Gemeinschafts- und nationalstaatlicher Ebene grundsätzlich vermehrt auf die politische Agenda gesetzt würden (»problem stream«). Zweitens würden vermehrt unterschiedliche Probleminterpretationen und mögliche Problemlösungsmechanismen diskutiert und einander – mit Bezug auf nationalstaatliche Erfahrungen mit diesen – gegenüber gestellt (»policy stream«). Drittens mache dies – unter anderem basierend auf wechselseitigem Lernen – eine bedarfsgerechte und problemlösungsorientierte Anpassung einschlägiger nationalstaatlicher Strategien und Maßnahmen wahrscheinlicher (»politics stream«) (vgl. mit weiteren Literaturhinweisen Kröger 2008, 45; Büchs 2009, 3f). Zugleich wurde zum Teil die These vertreten, dass in der OMK vorgesehene deliberative Prozesse (unter Einbindung von institutionalisierten Interessenvertretungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wie NGOs) der Legitimitätskrise des Europäischen Integrationsprojektes entgegen wirken könnten.

Es kann konstatiert werden, dass sowohl betreffend die inhaltlichen wie auch die prozeduralen Elemente der OMK bei vielen BeobachterInnen inzwischen Ernüchterung eingetreten ist (vgl. Beiträge in Kröger 2009; zusammenfassend Kröger 2009a; 2010).

Einerseits ist weitgehend unbestritten, dass Probleme der sozialen Inklusion auf Gemeinschaftsebene seit Einführung der OMK breiter auf der politischen Agenda stehen als zuvor (»problem stream«). Gefördert wurde diese Entwicklung wesentlich durch die Übereinkunft über gemeinsame Indikatoren in den Bereichen soziale Inklusion und soziale Sicherheit (vgl. für das aktuelle Indikatorenset European Commission 2009).

Betreffend perzipierte Problemverursachungszusammenhänge und ableitbare Problemlösungsstrategien (»policy stream«) wurde zuletzt jedoch von zunehmend mehr BeobachterInnen ins Treffen geführt, dass mit der OMK (insbesondere ab deren Modifikation im Jahr 2004) kein tatsächlich inhaltlich offener Lernprozess initialisiert wurde (vgl. Beiträge in Kröger 2009). Probleme der sozialen Inklusion seien vielmehr von vornherein auf inhaltlich spezifische Art und Weise »geframt« bzw. »gerahmt« worden.¹ Der diesbezüglich zwischen den Mitgliedsländern erreichbare »Minimalkompromiss« laufe darauf hinaus, dass soziale Inklusion zu allererst als ein Problem des ökonomischen Wachstums und der Arbeitsmarktintegration bzw. spezifischer der »Beschäftigungsfähigkeit« von Personen interpretiert werde. Insgesamt transportiere der programmatische Fokus der OMK ein »neoliberales Verständnis« (Kröger 2009, 5) der Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen Staat, Markt und Individuum (vgl. z. B. Büchs 2009).

Ob diese These in dieser Zuspitzung im Rahmen nationalstaatlich beschlossener Reformschritte (»politics stream«) tatsächlich zutrifft, müsste – basierend auf einer differenzierteren Definition des »Neoliberalen« – erst näher untersucht werden und ist nicht der zentrale Gegenstand des vorliegenden Beitrages. Relativ offensichtlich ist jedoch, dass mit der OMK in Verbindung stehende gemeinsame Positionierungen der Mitgliedsländer in Form von einschlägigen Dokumenten des Rates (und auch diese vorbereitende Papiere der Kommission) betreffend die Ausgestaltung sozialstaatlicher Sicherungssysteme strukturell unausgewogen sind. Auf der einen Seite wird dort nämlich wiederholt relativ konkret formuliert, dass die gegenständlichen Systeme »finanziell nachhaltig« und »effizient« sein müssen und dass Arbeitsanreize durch sie nicht unterminiert werden dürfen (Stichwort des »aktiven Wohlfahrtsstaates«). Auf der anderen Seite bleiben Aussagen zur Bedarfsgerechtigkeit der Sozialschutzsysteme aber regelmäßig sehr allgemein. Papiere der Kommission und Schlussfolgerungen des Rates sprechen diesbezüglich durchgängig nur davon, dass monetäre Transfers »adäquat« oder »angemessen« sein sollen. Was darunter zu verstehen ist, wird nicht direkt spezifiziert, sondern der Ausgestaltung der Mitgliedsländer überlassen.²

Auf nationalstaatlicher Ebene dominiert jedoch in praktisch allen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten seit nunmehr etwa zwei Dekaden die Wahrnehmung (bzw. jedenfalls die politisch ventilierte Nachricht), dass sich die öffentlichen Haushalte in einer Situation »permanenter Austerität« (Pierson 1998) befinden und somit dem »Diktat der leeren Kassen« ausgesetzt seien. Den Hintergrund dazu bilden erstens wirtschaftliche und soziodemographische Veränderungen, die mit einer tendenziell steigenden Nachfrage nach Sozialleistungen einhergehen. Die zunehmende internationale Standortkonkurrenz führe zugleich – so wird argumentiert – zu eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten auf der Einnahmenseite (vgl. für einen Überblick zur gegenständlichen Debatte z. B. Kim/Zurlo 2008, 131ff). In einer solchen Situation ist es nicht unwahrscheinlich, dass Konzepte wie »Aktivierung« oder »Anreizkompatibilität« oder das Primat der »finanziellen Nachhaltigkeit« in die nationalen Diskurse übernommen werden und dort – u. U. mit Verweis auf die »Vorgaben« der gesamteuropäischen Ebene – auch zur Legitimation von sozialstaatlichem Rückbau verwendet werden (Büchs 2009, 5f). Wechselseitiges »Lernen« findet demnach wahrscheinlicher Weise vor allem betreffend Politiken statt, die Kosten für die öffentlichen Haushalte reduzieren oder diese jedenfalls nicht erhöhen.

Betreffend den breiteren prozeduralen Ablauf der OMK kommen internationale Forschungsergebnisse heute mehrheitlich zu dem Schluss, dass organisierte Interessengruppen sowie NGOs (und manchmal auch Parlamente) zwar formal in einzelne Schritte der OMK eingebunden werden. In der Substanz überwiege jedoch vielfach ein *modus operandi* einer »deliberation between elites for elites« (Kröger 2009, 6), der durch einen hohen Grad der Intransparenz und durch mangelnde Rechenschaftspflicht gekennzeichnet sei.

3. Entwicklung von Politiken zur Armutsbekämpfung in Österreich im Licht der Europäischen Strategie zur Sozialen Eingliederung

Das folgende Kapitel skizziert die Ausgestaltung und Entwicklung von Politiken zur Armutsbekämpfung in Österreich vor dem Hintergrund der oben ausgeführten Be-

funde zur OMK im Bereich soziale Inklusion und soziale Sicherheit. Die Darstellung adressiert dabei die oben bereits angesprochene konzeptionelle Dreiteilung in Problemwahrnehmung (»problem stream«), Probleminterpretation und Lösungsvorschläge (»policy stream«) sowie beschlossene bzw. umgesetzte Maßnahmen (»politics stream«).

Im Zusammenhang mit der Frage, ob und inwiefern Themen um Armut und soziale Inklusion grundsätzlich auf der nationalstaatlichen Agenda stehen (»problem stream«) ist vorweg ein eher indirekter Einflusskanal der OMK anzusprechen. Dies ist jener der gemeinsamen Indikatoren für Soziale Inklusion und soziale Sicherheit und der damit in Verbindung stehenden Armutsforschung. Die beim Rat von Laeken im Jahr 2001 beschlossenen (und nachher mehrmals adaptierten und ausgeweiteten) Indikatoren für soziale Inklusion knüpfen an die bereits in den 1990er Jahren etablierte »europäische Armutsberichterstattung« (Heitzmann/Till-Tentschert 2009, 92) an. Was sich mit der OMK vor allem verändert hat, ist der Punkt, dass diese Indikatoren nun zu »offiziellen« gemeinsamen Messgrößen sozialer Inklusion wurden.

Dieser Prozess trug auch zu einer Verstärkung (und auf dem Weg der Erweiterung einschlägiger gemeinsamer Indikatoren) zu einer inhaltlichen Verbreiterung der nationalen Armutsberichterstattung und -forschung bei, die sich seit dem Jahr 2003 insbesondere auf EU-SILC-Erhebungen stützt (vgl. a.a.O., 97ff). Diese Untersuchungen liefern jedoch in erster Linie eine Deskription der jeweiligen Phänomene entlang der einschlägigen Indikatoren und weniger eine Analyse der Verursachungszusammenhänge einschlägiger Probleme im Sinne öffentlicher Steuerungsdefizite. Dennoch stellen sie Informationen bereit, die in einem weiteren Schritt als wichtige Inputs für Analysen genutzt werden können, die sich aus einer kritischen politikfeldanalytischen Perspektive mit einschlägigen Phänomenen befassen. Für Österreich kann konstatiert werden, dass die OMK diesbezüglich tatsächlich Mehrrundeneffekte generiert hat, indem sie indirekt zu einem erhöhten Output der nationalen Armuts- und Exklusionsforschung beigetragen hat (vgl. dazu stellvertretend für viele andere Arbeiten z. B. diverse Beiträge in Knapp/Pichler 2008 und Dimmel u. a. 2009).

Freilich ging mit der Beschlussfassung gemeinsamer Indikatoren eine spezifische inhaltliche Rahmung der Konzepte »Armut« bzw »soziale Inklusion« einher. Diese fokussiert bisher – obwohl eine große Zahl anderer gemeinsamer Indikatoren existiert – vor allem auf relative materielle Teilhabe (vor allem operationalisiert entlang der Armutsgefährdungsschwelle von 60 % des auf Haushaltsebene gewichteten Pro-Kopf-Medianeinkommens). Was damit weitgehend ausgeblendet bleibt, sind andere Dimensionen der Exklusion bzw. Inklusion, wie zum Beispiel politische Teilhabe oder die Partizipation in sozialen Netzwerken.

Trotz dieser (und anderer³) Probleme hat die Tatsache gemeinsamer Indikatoren sowie die darauf aufbauende Armutsforschung wichtige Grundlagen dafür geliefert, Probleme wie Armut und soziale Exklusion sichtbar zu machen und politisch zu thematisieren.

Ob dies jedoch (jedenfalls kurzfristig wahrnehmbare) politische Folgen nach sich zieht, ist eine andere Frage. Einschlägige Analysen deuten in die Richtung, dass es gute Argumente dafür gibt, dass nationale Politik zur Armutsbekämpfung – und damit die nationalstaatliche Perzeption der OMK und ihrer Ziele – auch wesentlich von innerstaatlichen politischen Kräftekonstellationen abhängt (vgl. für Österreich zuletzt insb. Weishaupt 2009; zusammenfassend z. B. Zeitlin 2009). Vor diesem

Hintergrund werden in Folge einschlägige Zusammenhänge zuerst für die Zeit der Mitte-Rechts-Koalition von ÖVP und FPÖ/BZÖ (2000-2007) und danach für jene der Koalition von SPÖ und ÖVP (ab 2007) dargestellt.

3.1 Die OMK und Politiken der Armutsbekämpfung in Österreich unter Schwarz-Blau/Orange

Die Schwarz-Blau-Koalition startete im Jahr 2000 mit einem Regierungsprogramm (vgl. Regierungsprogramm 2000), das davon ausging, dass der österreichische Sozialstaat so gut und umfassend ausgebaut sei, dass es zur Bekämpfung von Armut im Leistungsrecht im Prinzip keiner strukturellen Anpassungen nach oben bedürfe:

[Es ist] davon auszugehen, dass die Sozialgesetze in Österreich eine Vielzahl von Leistungen und Regelungen kennen, die ein bedarfsorientiertes Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleisten. Diese Sozialleistungen sind von teilweise sehr hoher Qualität und garantieren eine soziale Existenzsicherung. (a.a.O., 18)

Einschränkend wird nur konzidiert, dass es »fallweise zu Lücken und mitunter zu mangelnder [...] Effizienz« (a.a.O., 18) komme, was durch eine Reorganisation der Mindestsicherungssysteme und eine partielle Anpassung der aktiven Arbeitsmarktpolitik (inkl. verpflichtender »Gemeinwesenarbeit«; a.a.O., 16) behoben werden sollte. Als angebliche tatsächliche Probleme des österreichischen Sozialsystems werden darüber hinaus insbesondere »mangelnde Treffsicherheit« und »missbräuchliche Inanspruchnahme« (vgl. a.a.O., 14, 16, 19) von Sozialleistungen genannt, was mit der Gefahr einer »drohenden Unfinanzierbarkeit« (a.a.O., 14) einhergehe.

Praktisch keine explizite Aufmerksamkeit schenkt dem Problemfeld der sozialen Inklusion das Regierungsprogramm der Regierung Schüssel II (Februar 2003 bis Jänner 2007; vgl. Regierungsprogramm 2003). Hier werden die Begriffe »Armut«, »Inklusion«, »Exklusion«, »soziale Gerechtigkeit«, »Teilhabe« und »Partizipation« allesamt überhaupt kein einziges Mal (!) genannt.

Eine inhaltlich sehr enge Rahmung von sozialer Exklusion/Inklusion zeigen auch die unter Schwarz-Blau/Orange im Rahmen der OMK verfassten Österreichischen »Nationalen Aktionspläne« und »Umsetzungsberichte« für Soziale Eingliederung. Der erste »Nationale Aktionsplan« von 2001 liest sich dabei insgesamt eher wie ein (sehr positiv gehaltener) Bericht über die aktuelle Ausgestaltung des österreichischen Sozialsystems. In weit geringerem Ausmaß werden aktuelle strukturelle Probleme der sozialen Exklusion diskutiert und Pläne für zukünftige Maßnahmen angekündigt (vgl. Republik Österreich 2001; für eine ähnliche Einschätzung: Litschel 2009). Dies änderte sich auch mit den nachfolgenden Aktionsplänen von 2003 und 2006 sowie mit dem Implementationsbericht vom Juni 2005 (vgl. BMSGK 2005) nicht wesentlich. Betreffend zukünftige Ziele enthielten diese Berichte im Wesentlichen erstens ein Bekenntnis dazu, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen (die seit den 1990er Jahren im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie »offen koordiniert« werden) weiter fortzusetzen. Als stärker zu forcierende Strategien bzw. neue Maßnahmen wurden darüber hinaus wiederholt insbesondere die folgenden genannt: Die Verstärkung des »Aktivierungscharakters« von Sozialleistungen, die Aufstockung der Mittel für beschäftigungspolitische und begleitende Maßnahmen für behinderte Menschen sowie die Ziele einer »Harmonisierung« der Sozialhilfe,

eines Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie einer Anhebung der Mindestlöhne. Dass die tatsächlichen Fortschritte bei den letzten drei Punkten allenfalls minimal waren, wurde zugleich regelmäßig mit Verweis auf die Zuständigkeit der Länder bzw. der Sozialpartner erklärt.

Interessant ist zugleich die Strategie der Argumentation hinsichtlich »Reformen« im Bereich monetärer Transfers. Hier wurden wiederholt zielgruppenspezifische Anpassungen, die tatsächlich als flankierende Maßnahmen zur Abfederung besonderer Härten gleichzeitig beschlossener genereller Leistungskürzungen gesetzt wurden, als Verbesserungen beim Leistungszugang oder Leistungsniveau präsentiert (vgl. z. B. betreffend Pensionen BMSGK 2005, 19f; Obinger/Tálos 2006, 85ff; Mairhuber 2009, 196ff; betreffend die Arbeitslosenversicherung BMSGK 2005, 20; Fink 2006, 179ff; Atzmüller 2009, 162). Als besonderes Beispiel von »good practice« einer auf soziale Inklusion gerichteten Politik wurde seitens der damaligen Österreichischen Bundesregierung darüber hinaus durchgängig die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2002 genannt (vgl. Republik Österreich 2003, 57ff; BMSGK 2005, 38ff). Dies ungeachtet der Tatsache, dass das Kinderbetreuungsgeld (im Vergleich zur vorherigen Karenzgeldregelung) arbeitsmarktferne Stati von Frauen empirisch insgesamt verlängerte und damit dem Lissabon-Ziel der Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit widersprach (vgl. Lutz 2004; Riesenfelder u. a. 2006; mit direktem Bezug zur Europäischen Beschäftigungsstrategie bzw. OMK: Weishaupt 2009, 8f).

Es kann also insgesamt attestiert werden, dass die Schwarz-Blau/Orange Regierung die Ziele der OMK allenfalls auf eine selektive Art und Weise in die von ihr verfolgten Problemwahrnehmungen (»problem stream«) und daraus abgeleiteten sozialpolitischen Aktivitäten (»policy-stream« und »politics-stream«) »integriert« hat.

Dominante Bezugspunkte sind dabei erstens das Gebot »finanzieller Nachhaltigkeit« der Sozialsysteme sowie der »Erwerbsarbeitsanreizkompatibilität« monetärer Transfers. Beides spiegelt sich in tatsächlich beschlossenen substantiellen Leistungskürzungen (vgl. Fink 2006; Obinger/Tálos 2009). Zugleich wurde soziale Exklusion – allerdings differenziert nach Zielgruppen (vgl. unten) – vor allem als Problem mangelnder Arbeitsmarktintegration gerahmt. Tatsächlich wurde dabei auch die Reichweite der aktiven Arbeitsmarktpolitik merklich ausgebaut, wobei jedoch das Niveau der jeweiligen Budgets deutlich hinter dem Anstieg der MaßnahmenteilnehmerInnen bzw. Förderfälle zurück blieb (vgl. Fink 2006; Atzmüller 2009; Grand 2009). Auf der anderen Seite kam diese erwerbszentrierte Interpretation von sozialer Inklusion/Exklusion jedoch für spezifische Personengruppen nur bedingt zur Anwendung. Dies trifft – einem konservativen Familienbild folgend – vor allem für Frauen bzw. genauer für Mütter zu. Hier wurden mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes und einer großzügigeren Neubewertung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung Schritte gesetzt, die Erwerbsarbeitsanreize *de facto* verminderten (vgl. Mairhuber 2009; 2009a), was in offensichtlichem Widerspruch zu den Zielen der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der OMK steht.

Im Widerspruch zu den erklärten Zielen der OMK steht auch das Faktum, dass die Schwarz-Blau/Orange Regierung zivilgesellschaftliche AkteurInnen wie soziale NGOs im Wesentlichen nur formal in die gegenständlichen Prozesse eingebunden hat (vgl. Litschel 2009; Pollach 1995). Darin spiegelt sich die generelle Strategie der Schwarz-Blau/Orangen Regierung, den faktischen Einfluss von AkteurInnen außerhalb der Regierung möglichst gering zu halten (wovon – nach einem selektiven

Muster – auch die Sozialpartnerorganisationen betroffen waren; vgl. z. B. Karlsrufer/Tálos 2006).

3.2 Die OMK und Politiken der Armutsbekämpfung in Österreich unter Rot-Schwarz

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2007 wurden Politiken zur Armutsbekämpfung in Österreich – wenn auch nicht strukturell – so doch in einigen spezifischen Punkten graduell modifiziert.

Dabei fällt auf, dass das Problem »Armut« im Regierungsprogramm von 2007 anders adressiert wird als in jenen von 2000 und 2003. Es wird konzediert, dass »die in Österreich vorhandene Armut [...] eine Herausforderung« (Regierungsprogramm 2007, 109) darstelle. Die »Weiterentwicklung des österreichischen Sozial- und Gesundheitssystems« müsse durch eine »Strategie der Armutsbekämpfung ergänzt« (a.a.O., 3) werden. Dies auch aus dem Grund, dass sich strukturelle Rahmenbedingungen geändert hätten, etwa in Form eines »Zuwachs[es] bei den so genannten »prekären« Beschäftigungsverhältnissen« eines »stärker gewordene[n] Wettbewerbsdruck[s] auf allen Märkten« (a.a.O., 109). Und weiter:

Zielsetzung ist eine weitere Verstärkung der Armutsbekämpfung zur Senkung der Zahl der Armutsgefährdeten und akut Armen. Das Instrument dafür soll die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung sein. (a.a.O., 109)

Die Aufnahme des Planes zur Schaffung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) in das Regierungsprogramm 2007 geht auf die SPÖ zurück, die in ihrem Wahlmanifest zur Nationalratswahl 2006 in diesem Punkt zugleich eine Langzeitforderung der Grünen und der sozialen NGOs aufgriff (vgl. Rosenberger 2009, 685). Dies jedoch in einer spezifischen Interpretation: Auf der einen Seite wird anerkannt, dass es bei mindestensichernden Elementen im österreichischen Sozialsystem einen gewissen Anpassungsbedarf gibt (und zwar nicht nur im Bereich der Sozialhilfe sondern auch bei der Notstandshilfe; vgl. Regierungsprogramm 2007, 110). Auf der anderen Seite wird jedoch betont, dass finanzielle Unterstützung für Bedürftige – »Arbeitsfähigkeit« vorausgesetzt – eng an Arbeitswilligkeit gekoppelt sein muss (vgl. für graduelle diesbezügliche Unterschiede zwischen SPÖ und ÖVP Rosenberger 2009, 686ff).

Im Rahmen der Österreichischen Berichterstattung zur OMK mutierte die BMS in Folge zu einer Panazee, also zu einer Art mystischem Allheilmittel, das wiederholt angekündigt aber nicht umgesetzt wurde (vgl. BMSK 2007; BMSK 2008). Aus politisch-taktischer Perspektive erfüllte die geplante BMS dabei mehrere Funktionen gleichzeitig. Gegenüber der Europäischen Gemeinschaftsebene konnte signalisiert werden, dass Fragen des Zuganges zu und des Niveaus von monetären Mindestsicherungssystemen ebenso auf der politischen Agenda stehen wie das Thema der Ausweitung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf Personengruppen, die bisher nur begrenzt Zugang zu solchen Leistungen hatten (vgl. Fink/Grand 2009). Wichtiger als solche Signale gegenüber der Europäischen Kommission im Rahmen der OMK dürften aber innenpolitische Rationalitäten gewesen sein. Das Projekt der BMS erlaubte es der SPÖ gegenüber ihrer WählerInnenschaft »sozialpolitische Kompetenz« an den Tag zu legen und sich vom armutspolitischen Kurs der früheren Schwarz-Blau/Orangen Regierung abzugrenzen (ohne dort getätigte Einschnitte im Leistungssystem rückgängig zu machen). Indem das Prinzip der Integration in Er-

werbsarbeit bzw. der Konditionalität von monetären Transfers auch in der BMS stark verankert ist bzw. ansatzweise im Vergleich zur Sozialhilfe sogar noch gesteigert wird (vgl. Dimmel 2008, 41), konnte der traditionell auch in der SPÖ existenten Skepsis gegen die Einführung einer Mindestsicherung (vgl. Tálos 2003, 177) entgegenge wirkt werden. Weil die gegenständliche Reform als Einführung einer »Mindestsicherung« titulierte wurde, gingen zugleich die Grünen und die sozialen NGOs, die seit langem eine Reform der Sozialhilfe in Richtung einer Mindestsicherung gefordert hatten, – jedenfalls was den Begriff selbst betrifft – eines langjährigen Eckpunktes ihrer politischen Programmatik verlustig. Zugleich konnte gegenüber den Ländern, die sich mit einer stark steigenden Zahl von Sozialhilfeanträgen konfrontiert sahen, signalisiert werden, dass in der Sache etwas unternommen werde. Die ÖVP wiederum signalisierte einerseits wiederholt ihre Zustimmung zur BMS, setzte aber schlussendlich eine nur zwölfmalige Auszahlung (statt wie zuvor geplant vierzehn Mal) durch. Zugleich setzte sie das Junktim der gleichzeitigen Installierung eines Transferkontos bzw. einer Transparenzdatenbank. Dies sei notwendig, um »falschen Anreizen« und »Systemmissbrauch«⁴ entgegenzuwirken. Im Endeffekt nutzte also auch die ÖVP die BMS zur eigenen politischen Positionierung und Profilierung (betreffend »Erwerbsarbeitsanreizkompatibilität« und »Sozialmissbrauch«) bzw. zur Durchsetzung eines Instruments, das mittelfristig potentiell für eine Debatte über die Restriktion bedarfsgeprüfter Leistungen quer über föderalstaatliche Strukturen hinweg und bis hinunter auf die Gemeindeebene genutzt werden könnte.

Die im Bereich der BMS augenscheinlichen Probleme von SPÖ und ÖVP, sozialpolitische Kompromisse zu finden und darauf aufbauende Reformen umzusetzen, manifestieren sich auch in anderen Bereichen der Sozialpolitik. Im Rahmen der Regierung Gusenbauer (Jänner 2007 bis Dezember 2008) konnten immerhin noch ein Paket zur »24-Stunden-Pflege« zu Hause (vgl. Fink 2009, 20ff), ein neues Fördermodell zum Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen (vgl. Weishaupt 2009, 9), die Integration Freier Dienstverträge in die Arbeitslosenversicherung und (auf kollektivvertraglicher Basis) ein Mindestlohn von 1.000 EUR beschlossen werden, während Differenzen über automatische Stabilisatoren im Bereich der Pensionsversicherung zur vorzeitigen Aufkündigung der damaligen Koalitionsvereinbarung im Frühsommer 2008 beitrugen (vgl. Fink 2009, 7). Im Sommer 2008 wurden (mit Zustimmung aller Parteien) einige »sozialpolitisch expansive« Maßnahmen beschlossen, die jedoch eher als punktuelle »election sweets« denn als Teil einer akkordierten Strategie gegen soziale Ausgrenzung begriffen werden können. Dazu gehörte die Verlängerung der so genannten Hacklerregelung in der Alterspension, die vorzeitige und höher als ursprünglich geplant ausfallende Indexierung von Pensionsleistungen, die Anhebung des Pflegegeldes oder die Einführung einer dreizehnten Familienbeihilfe.

Das Regierungsprogramm der nachfolgenden Regierung Faymann (vgl. Regierungsprogramm 2008) enthielt von Anfang an im Bereich der Sozialpolitik nur wenige innovative Aspekte und im Kapitel »Armutsbekämpfung« (a.a.O., 178) wird im Wesentlichen auf den Plan zur Einführung der BMS und wenig konkret auf Pläne zur Reduktion der Kinderarmut verwiesen. Darüber hinaus werden »die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Bekämpfung der Armut« zur Querschnittsmaterie erklärt: beides seien »zentrale Zielsetzungen [...] aller relevanten Politikbereiche«. Frappant ist jedoch, dass der Begriffe »Armut« bei den Ausführungen zu den allenfalls relevanten Politikbereichen (also »Soziales und Gesundheit«, »Arbeitsplätze

und Standortpolitik«, »Gesellschaft, Frauen, Familie und Chancenpolitik« etc.) mit einer Ausnahme (im Kapitel »jugendpolitische Maßnahmen«) kein einziges Mal vorkommt.

Entsprechend gering blieb auch die tatsächliche sozialpolitische Innovationskraft der Neuauflage der Rot-Schwarzen Koalitionsregierung. Die Einführung der BMS wurde wiederholt verschoben. Andere größere explizit sozialpolitische Impulse umfassten im Wesentlichen nur die Einführung eines verpflichtenden und kostenfreien letzten Kindergartenjahres (im Ausmaß von mindestens 16 Stunden pro Woche) und eine neue zusätzliche »einkommensabhängige« Variante beim Kinderbetreuungsgeld. Darüber hinaus ist evident, dass das für Österreich besonders virulente Problem der Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen verstärkt auf die politische Agenda gesetzt wurde, was allerdings bisher nicht mit substantiellen Maßnahmen in diesem Bereich einherging.

Nennenswert ist auch die im März 2009 beschlossene Steuerreform. Diese brachte aber im Wesentlichen nur für Personen mit Einkommen über 10.000 EUR positive Effekte (die Steuerfreigrenze wurde auf 11.000 EUR angehoben) und auch von der Abschaffung des Regresses in der geschlossenen Sozialhilfe (gegenüber volljährigen Kindern für ihre Eltern; in allen Bundesländern ab 1.1.2009) profitieren nicht in erster Linie Personen mit besonders niedrigen Einkommen oder geringen Vermögen. Ähnlich verhält es sich im Zusammenhang mit der vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossenen (und mit beträchtlichen zusätzlichen Kosten verbundenen) Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Von Maßnahmen wie Kurzarbeit, von betrieblichen Qualifizierungsbeihilfen, der so genannten Bildungskarenz Plus, dem Weiterbildungsgeld oder der ab September 2009 modifizierten Altersteilzeit profitieren vor allem Personen, die bereits in Erwerbsarbeit stehen, und nicht jene Personengruppen, die tatsächlich bereits strukturell durch soziale Exklusion betroffen sind. Die sozialen NGOs forderten vor diesem Hintergrund wiederholt ein zusätzliches »soziales Konjunkturpaket«, das eine Erhöhung monetärer Transfers und einen weiteren Ausbau sozialer Dienstleistungen umfassen und direkt bereits aktuell armen bzw. armutsgefährdeten Personen zu Gute kommen sollte.⁵ Zugleich traten der ÖGB, die Arbeiterkammern und die Grünen für eine Anhebung der Nettoersatzrate im Bereich der Arbeitslosenversicherung (jedenfalls im Fall niedriger Leistungen) ein. Diese Vorschläge und Forderungen wurden seitens der Regierung jedoch nicht aufgenommen.

4. Fazit und Ausblick

Die oben skizzierten Ergebnisse deuten erstens in die Richtung, dass die OMK dazu beigetragen hat, Fragen um Armut und soziale Inklusion/Exklusion in der nationalstaatlichen politischen Agenda verstärkt zu verankern (»problem stream«). Die diesbezüglichen Effekte sind jedoch nicht symmetrisch über unterschiedliche AkteurInnen verteilt.

Es ist dabei davon auszugehen, dass die OMK mit zu einer Verstärkung und Intensivierung der Armutsforschung in Österreich beigetragen hat. Die Ergebnisse dieser Forschung dienen – zusammen mit der bloßen Existenz der OMK – zugleich für soziale NGOs als Anknüpfungspunkt für die Ventilierung ihrer Forderungen und Vorstellungen. Das heißt freilich nicht, dass »Advocacy-Tätigkeiten« nicht schon vor

Etablierung der OMK zum strategischen Portfolio der sozialen NGOs gehört hätten. Ähnlich verhält es sich für politische Parteien wie die Grünen oder die SPÖ (vor allem während der Zeit, als sie sich auf Bundesebene in Opposition befand bzw. im darauf folgenden Nationalratswahlkampf 2006).

Ein Vergleich der sozialpolitischen Entwicklung unter der Schwarz-Blau/Orangen Regierung einerseits und der Rot-Schwarzen Regierung andererseits deutet jedoch in die Richtung, dass die jeweiligen »policy-« und insbesondere »politics-streams« (also die jeweils vorgeschlagenen und beschlossenen Maßnahmen) vor allem von nationalen politischen Bedingungen geprägt, und weniger im direkten Zusammenhang mit der OMK zu sehen sind. Dabei ist interessant, dass die jeweilige inhaltliche Zielausrichtung und der sozialpolitische Aktionsradius nicht nur von der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Regierung abhängt, sondern auch von der jeweiligen personellen Konstellation (was an einem Vergleich der unterschiedlichen armutspolitischen Innovationskraft der Regierungen Gusenbauer und Faymann deutlich wird).

Zugleich sind bei relevanten EntscheidungsträgerInnen jedoch auch Konstanten der jeweiligen Probleminterpretation und daraus abgeleiteter Strategien offensichtlich. Besonders interessant ist dabei, welche Themen nicht auf breiterer Basis adressiert oder jedenfalls als besonders schwer bearbeitbar apostrophiert werden. Dazu gehört beispielsweise das beträchtliche Problem der »working poor« oder das Faktum, dass das Leistungsniveau von Mindestsicherungssystemen in Österreich im internationalen Vergleich (auch nach Einführung der BMS) alles andere als berauschend ist (vgl. Frazer/Marlier 2009). Keine Debatte wird in diesem Zusammenhang darüber geführt, wie andere Länder diesbezüglich das (offensichtlich nur vermeintliche) Problem der »Anreizkompatibilität« lösen. Fast gänzlich tabu scheint darüber hinaus die Verteilungswirkung tradierter Sozialsysteme in Österreich und die Frage danach zu sein, ob hier nicht aufkommensneutral in Richtung besonders gefährdeter Personengruppen umverteilt werden könnte (was international vergleichende Untersuchungen zur Bearbeitung von so genannten »new social risks« nahe legen; vgl. Bonoli 2006; für Österreich: Fink 2009a).

»Wechselseitiges Lernen« findet demnach auf Ebene relevanter EntscheidungsträgerInnen im Rahmen der Pfadabhängigkeit des jeweiligen gewachsenen nationalen sozialstaatlichen Systems, vor dem Hintergrund eigener programmatischer Vorstellungen und im Wechselspiel mit wahrgenommenen politischen Opportunitäten statt. Die OMK verfolgt im Gegensatz dazu das Ziel eines »rational-comprehensive model« der Politikgestaltung, das im Kern an objektiver sozialpolitischer Problemlösung orientiert sein soll. Wie sich die diesbezügliche Situation in Österreich weiter entwickelt wird spätestens dann klar, wenn im Winter 2010 die Budgetkonsolidierungspakete der aktuellen Bundesregierung präsentiert werden.

Literatur

- Atzmüller, Roland (2009) Aktivierung statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich; in: Christoph Hermann/ Roland Atzmüller (Hg.) Die Dynamik des »Österreichischen Modells«. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin, 135-186
- BMSK (2007) Ergänzungsbericht 2007 zum nationalen Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2006–2008, Wien

- BMSK (2008) Österreichischer Bericht über Strategien für Sozialschutz und Soziale Eingliederung 2008–2010, Wien
- BMSGK (2005) Umsetzungsbericht. 2. Nationaler Aktionsplan für soziale Eingliederung 2003–2005, Wien
- Bonoli, Giuliano (2006) New social risks and the politics of post-industrial social policies; in: Klaus Armingeon/ Giuliano Bonoli (Hg.) *The Politics of Post-Industrial Welfare States. Adapting post-war social policies to new social risks*, London/New York, 3-26
- Büchs, Milena (2009) The Open Method of Coordination – Effectively preventing welfare state retrenchment?; in: Sandra Kröger (Hg.) *What we have learnt: Advances, pitfalls and remaining questions of OMC research*, European Integration Online Papers, special issue 1 (13)
- Dimmel, Nikolaus (2008); Bedarfsorientierte Mindestsicherung – ein Meilenstein?; in: WISO 4/2008, 29-47
- Dimmel, Nikolaus/ Karin Heitzmann/ Martin Schenk (Hg.) (2009) *Handbuch Armut in Österreich*, Innsbruck
- European Commission (2009) *Portfolio of indicators for the monitoring of the European strategy for Social protection and social inclusion – 2009 update*, Brüssel
- Fink, Marcel (2006) Zwischen »Beschäftigungsrekord« und »Rekordarbeitslosigkeit«: Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik unter Schwarz-Blau/Orange; in: Emmerich Tálos (Hg.) *Schwarz-Blau. Eine Bilanz des »Neu-Regierens«*, Wien, 170-187
- Fink, Marcel (2009) *Annual National Report 2009: Pensions, Health and Long-Term Care: Austria, May 2009*, Report to European Commission via ASISP network, Wien
- Fink, Marcel (2009a) Neue Soziale Risiken (NSR) in Österreich: Die aktuelle Wirtschaftskrise als Window of Opportunity zur Reform tradierter Sozialstaatlichkeit?; in: WISO 3/2009, 95-115
- Fink, Marcel/ Peter Grand (2009) *Austria. Minimum Income Schemes. A Study in National Policies*, May 2009, Report to the European Commission via Network of Independent Experts in Social Inclusion, Wien
- Frazer, Hugh/ Eric Marlier (2009) *Minimum Income Schemes Across EU Member States, Synthesis Report. Overview based on the national reports prepared by the EU Network of National Independent Experts on Social Inclusion*, Luxemburg/Brussels
- Grand, Peter (2009) Wann sind »umfassende« Reformen auch ausreichend? Die janusköpfige Entwicklung der österreichischen aktiven Arbeitsmarktpolitik 1998–2007; in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2/2009, 213-230
- Heidenreich, Martin/ Jonathan Zeitlin (Hg.) (2009) *Changing European Employment and Welfare Regimes: The Influence of the Open Method of Coordination on National Reforms*, London
- Heitzmann, Karin/ Ursula Till-Tentschert (2009) *Armutgefährdung und manifeste Armut in Österreich*; in: Nikolaus Dimmel/ Karin Heitzmann/ Martin Schenk (Hg.) *Handbuch Armut in Österreich*, Innsbruck, 91-111
- Hemerijsck, Anton (2006) *Europe's Semi-Sovereign Welfare States as Evolutionary Systems*, Inequality Summer Institute 2006, Kennedy School of Government, June 15-16, 2006, abrufbar unter: <http://www.hks.harvard.edu/inequality/Summer/Summer06/papers/Hemerijsck.pdf>
- Kargl, Martina (2009) Ja, dürfen's denn des? Was aus der Perspektive sozialwirtschaftlicher Organisationen gegen Armut und soziale Ausgrenzung getan werden muss; in: Nikolaus Dimmel/ Karin Heitzmann/ Martin Schenk (Hg.) *Handbuch Armut in Österreich*, Innsbruck, 694-716
- Karlhofer, Ferdinand/ Emmerich Tálos (2006) *Sozialpartnerschaft am Abstieg*; in: Emmerich Tálos (Hg.) *Schwarz-Blau. Eine Bilanz des »Neu-Regierens«*, Wien, 102-116
- Kim, Tae Kuen/ Karen Zurlo (2008) How does economic globalisation affect the welfare state? Focusing on the mediating effect of welfare regimes; in: *International Journal of Social Welfare* 2/18, 130-141
- Kingdon, John W. (1995) *Agendas, Alternatives, and Public Policies*, 2. Auflage, New York
- Knapp, Gerald/ Heinz Pichler (Hg.) (2008) *Armut, Gesellschaft und soziale Arbeit. Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich*, Klagenfurt/Celovec
- Kröger, Sandra (2008) *Sift Governance in Hard Politics. European Coordination and Anti-*

- Poverty Policies in France and Germany, Wiesbaden
- Kröger, Sandra (Hg.) (2009) What we have learnt: Advances, pitfalls and remaining questions in OMC research, European Integration Online Papers, Special Issue 1 (13)
- Kröger, Sandra (2009a) The Open Method of Coordination: Underconceptualisation, overdetermination, de-politicisation and beyond; in: Sandra Kröger (Hg.) What we have learnt: Advances, pitfalls and remaining questions of OMC research, European Integration Online Papers, special issue 1 (13)
- Kröger, Sandra (2010) Die Offene Methode der Koordinierung: Zehn Jahre später und (k)ein bisschen weiser?; in: Sozialer Fortschritt 5/2010, 134-141
- Lamprecht, Alexandra (2010) Nichtregierungsorganisationen, die offene Methode der Koordinierung und die Suche nach dem deliberativen Moment: Lost in translation?; EIF Working Paper No. 03/2010, Wien
- Litschel, Veronika (2009) Gemeinschaftliche Sozialpolitik in der Europäischen Union und die Nationalen Aktionspläne gegen Armut und Soziale Ausgrenzung; in: Nikolaus Dimmel/ Karin Heitzmann/ Martin Schenk (Hg.) Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck, 610-625
- Lutz, Hedwig (2004) Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Ein Vergleich der bisherigen Karenzgeldregelung mit der Übergangsregelung zum Kinderbetreuungsgeld, Wien
- Mairhuber, Ingrid (2009) Entwicklung der österreichischen Alterssicherung seit den 1980er Jahren; in: Christoph Hermann/ Roland Atzmüller (Hg.) Die Dynamik des »Österreichischen Modells«. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin, 187-212
- Mairhuber, Ingrid (2009a) Übergänge im Lebenserwerbsverlauf von Frauen und Männern in Österreich; in: Christoph Hermann/Roland Atzmüller (Hg.) Die Dynamik des »Österreichischen Modells«. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin, 45-72
- Obinger, Herbert/ Emmerich Tólos (2006) Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition, Wiesbaden
- Pierson, Paul, (1998) Irresistible Forces, Immovable Objects: Post-industrial Welfare States Confront Permanent Austerity; in: Journal of European Public Policy 5/1998, 539-560
- Pollach, Stefan (2005) Die Offene Methode der Koordinierung zur sozialen Eingliederung und ihre Anwendung in Österreich, Diplomarbeit, Universität Wien, Wien
- Rein, Martin/ Donald A. Schön (1993) Reframing policy discourse; in: Frank Fischer/ John Forester (Hg.) The argumentative turn in policy analysis and planning, Durham, 145-166
- Riesenfelder, Andreas/ Claudia Sorger/ Petra Wetzels/ Barbara Willsberger (2006) Evaluierung der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, Wien
- Rosenberger, Sieglinde K. (2009) Skizzen zur Armutspolitik der politischen Parteien, in: Nikolaus Dimmel/ Karin Heitzmann/ Martin Schenk (Hg.) Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck, 680-693
- Regierungsprogramm (2000) Regierungsprogramm 2000: Österreich neu Regieren, Wien
- Regierungsprogramm (2003) Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, Wien
- Regierungsprogramm (2007) Regierungsprogramm 2007–2010, Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, Wien
- Regierungsprogramm (2008) Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode. Gemeinsam für Österreich, Wien
- Republik Österreich (2001) Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung Österreich, Wien
- Republik Österreich (2003) 2. Nationaler Aktionsplan für soziale Eingliederung 2003–2005, Wien
- Tólos, Emmerich (2003) Bedarfsorientierte Grundsicherung: Ansätze und Modell; in: Emmerich Tólos (Hg.) Bedarfsorientierte Grundsicherung, Wien, 173-183
- Weishaupt, Timo J. (2009) Money, votes or »good« ideas? Partisan politics and the effectiveness of the European Employment Strategy in Austria and Ireland; in: Sandra Kröger (Hg.) What we have learnt: Advances, pitfalls and remaining questions in OMC research, European Integration Online Papers, Special Issue 1 (13)

Zeitlin, Jonathan (2009) The Open Method of Coordination and reform of national social and employment policies: influences, mechanisms, effects; in: Martin Heidenreich/ Jonathan Zeitlin (Hg.) Changing European Employment and Welfare Regimes: The Influence of the Open Method of Coordination on National Reforms, London, 214-245

Anmerkungen

- 1 Das Konzept von »Frames« bzw. »Rahmen« wurde insbesondere von Martin Rein und Donald A. Schön (1993) in die sozialwissenschaftliche Debatte eingeführt. »Frames« sind dabei die Problembeschreibungen zu Grunde liegenden Interpretationsrahmen, die eine Integration von Fakten, Werten, Theorien und Interessen leisten. In den Worten von Rein/ Schön (1993, 177) »[...] framing is a way of selecting, organizing, interpreting, and making sense of a complex reality to provide guidepoints for knowing, analyzing, persuading and acting. A frame is a perspective from which an amorphous, ill-defined, problematic situation can be made sense of and acted on.«
- 2 Vgl. zu dieser Linie z. B. die »Schlussfolgerungen des Rates zur Aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen« vom 17. Dezember 2008, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lisa/104818.pdf
- 3 Zu diesen zählt z. B., dass die gegenständliche Armutsgefährdungsgrenze im Prinzip beliebig – d. h. ohne eine wie immer objektivierte Bezugnahme auf für soziale Teilhabe notwendige Ressourcen – definiert ist und unterschiedliche volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen nicht reflektiert (was aus international vergleichender Perspektive zu unbrauchbaren Ergebnissen führt). Darüber hinaus erfasst EU-SILC Menschen, die in Institutionen (Gefängnisse, Heime etc.) leben sowie Menschen ohne festen Wohnsitz unzureichend oder gar nicht.
- 4 Vgl. z. B. ÖVP-Klubobmann Kopf in einer Presseaussendung vom 20.01.2010; OTS0049 2010-01-20/09:53 200953 Jän 10.
- 5 Vgl. dazu z. B. die folgenden Presseaussendungen: OTS0255 CI 01.07.2009; APA0305 II, CI 26.01.2009.